



DIE LINKE. Ratsfraktion Münster

Achtermannstraße 19

48143 Münster

Telefon 02 51 / 9 81 60 51

An den Oberbürgermeister

21.06.2016

Ratsantrag zur sofortigen Beschlussfassung

Abschiebungspraxis in Münster überprüfen und ändern!

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

1. Die Stadt Münster nutzt im Vorfeld der Aufenthaltsbeendigung alle rechtlichen Möglichkeiten, um Abschiebungen zu verhindern.
2. Der Rat der Stadt Münster spricht sich nachdrücklich gegen die inhumane Praxis nächtlicher Abschiebungen aus.
3. Überstellungstermine in Dublin-Fällen sollen gemäß der im Kreis Coesfeld und anderen Kreisen üblichen Praxis vorher mitgeteilt werden.
4. Die Verwaltung ist dazu angehalten, die einschlägigen Erlasse des Landes NRW vom 6.11.2015 sowie vom 13.1.2016 anzuwenden und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten so Abschiebungen zu verhindern. Abschiebungen in Nachtstunden sollen nicht mehr stattfinden.
5. Die Stadt soll umfänglich im Vorfeld von Abschiebungen darauf hinweisen, dass Rechtsschutz in Anspruch genommen werden kann.
6. Die Stadt Münster nutzt alle Möglichkeiten für Menschen in Ausbildung, unabhängig von ihrem Herkunftsland, dass sie diese hier auch beenden können. Die bewährten zivilgesellschaftlichen Verfahren sollen umfassend angewendet und ihre Vertreter*innen, wie z.B. Arbeitgeber*innen oder Kammern, sollen dabei eingebunden werden.
7. Der Oberbürgermeister wird gebeten, soweit erforderlich, die Möglichkeit zur Remonstration gegen nächtliche Abschiebungen und eine inhumane Abschiebep Praxis,

insbesondere auch bei der Terminsetzung, zu nutzen.

Begründung:

In der Resolution des Rates der Stadt Münster aus dem Jahr 2010 (Resolution gegen die Abschiebung von Minderheiten in den Kosovo und zur Veränderung des Bleiberechts) erkennen wir einen wichtigen Schritt, mit dem die Stadt Münster ihrem Anspruch, einen humanitären Umgang mit Geflüchteten zu gewährleisten, nachgekommen ist. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft unnötige Härten oftmals vermieden werden konnten. Dennoch zeigt die Entwicklung seit der Beschlussfassung der Resolution, dass ein Schutz, der sich lediglich auf die Minderheiten des Kosovo bezieht, zu kurz greift. Immer wieder, wie zuletzt bei der Abschiebung einer schwangeren Frau aus Albachten, werden Abschiebungen in Nachtstunden aus Münster durchgeführt und menschenrechtliche Standards verletzt. Meist wird als Begründung die frühe Flugzeit der Abschiebemaschine angeführt. Die in der Resolution enthaltene humanitäre Grundhaltung ist so in der Stadt Münster leider immer wieder durch die konkrete Abschiebepaxis verletzt worden. Deshalb muss diese grundsätzlich überprüft und geändert werden.

Die Stadt Münster soll zukünftig die vorhandenen Möglichkeiten besser nutzen und vor allem die Hilfen und Pflichten bei der Beratung im Sinne einer humanen Flüchtlingspolitik einsetzen.

Das äußerst umstrittene Verfahren, zunehmend mehr Länder zu sogenannten sicheren Herkunftsländern zu erklären, führt in der Folge zu Abschiebungen in bedrohliche Umstände: Mangelnde rechtsstaatliche Strukturen, organisierte Kriminalität, Korruption und die Verfolgung von Minderheiten ermöglichen Flüchtlingen kein sicheres, geschweige denn menschenwürdiges Leben und stellen oftmals eine direkte Bedrohung für Leib und Leben dar.

Die zunehmend von deutschen Gerichten darauf reagierende Rechtsprechung soll in der Stadt Münster bei drohenden Abschiebungen und ihrer Prüfung dementsprechend berücksichtigt werden. Nächtliche Abschiebungen stellen in verschiedener Form (wie z.B. Traumatisierungen) einen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit dar und können insbesondere bei Kindern psychische Spätfolgen hervorrufen. Zu einer gewünschten Willkommenskultur muss aber eine Politik der offenen Arme und ein humaner Umgang mit Schutzsuchenden gehören.

Wir fordern daher den Rat der Stadt Münster auf, durch eine erneute Resolution ein eindeutiges Zeichen zu setzen und damit weiterhin eine landesweite Vorreiterrolle in der angestrebten Willkommenskultur einzunehmen.

Rüdiger Sagel, Fatma Kirgil, Ortrud Philipp, Heiko Wischnewski

DIE LINKE. Ratsfraktion Münster